

## Europawahl 2014: Freizügigkeit, Grenz- schutz und Asyl in den Wahlprogrammen deutscher Parteien

Am 25. Mai finden in Deutschland die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Am 17. März wurden vom Bundeswahlausschuss 25 Parteien und politische Vereinigungen zur Wahl zugelassen. MuB hat sich zum einen die Wahlprogramme der fünf Parteien angeschaut, die bei den letzten Europawahlen im Jahr 2009 bundesweit die meisten Stimmen erzielten: CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke. Zum anderen werfen wir auch einen Blick auf die AfD, die Umfragen zufolge voraussichtlich ins Europaparlament einziehen wird.

**Freizügigkeit:** Die Personenfreizügigkeit zählt neben der Dienstleistungsfreiheit, dem freien Waren- sowie dem freien Kapital- und Zahlungsverkehr zu den vier Grundfreiheiten der Europäischen Union. Von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen wird sie als eine der bedeutendsten Errungenschaften der EU angesehen (vgl. Ausgabe 3/13). Vor dem Hintergrund steigender Zuwandererzahlen aus Bulgarien und Ru-

mänien wird sie seit Ende der Einreise- und Arbeitsmarktbeschränkungen für Bürger beider EU-Länder in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten zunehmend kritisiert (vgl. Ausgaben 1/14, 3/13, 2/13). CDU und SPD sprechen sich explizit für Maßnahmen gegen einen Missbrauch der Freizügigkeit aus. Die CDU will die EU-Freizügigkeitsrichtlinie so gestalten, dass die Anreize für eine „allein durch Sozialleistungen motivierte Zuwanderung“ gesenkt werden. Außerdem gelte es, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der „Armutsmigranten“ zu verbessern. Die Grünen lehnen eine Einschränkung des Rechts auf Freizügigkeit ab. Sie halten „Forderungen nach Ausweisung und Wiedereinreiseperrern“ für Unionsbürger wegen „rechtswidrigen Bezugs von Sozialleistungen“ für „europarechtswidrig“. Stattdessen will sich die Partei für eine stärkere finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Integration von Zugewanderten einsetzen. Die Linke betont, dass das Freizügigkeitsrecht uneingeschränkt auch für Sinti und Roma gelte. Die AfD bejaht grundsätzlich die Niederlassungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit, warnt aber vor einer „Erosion des Sozialstaates“ durch eine erhöhte Einwanderung aus Bulgarien und Rumänien. Die Partei will straffällig gewordene und rechtskräftig verurteilte Unionsbürger abschieben und deren biometrische Daten erheben, um eine Wiedereinreise zu unterbinden. Sozialleistungen sollen laut AfD nur solche Zuwanderer erhalten, die „in erheblichem Umfang Steuern bzw. Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland gezahlt haben“.

**Arbeitsmigration aus Drittstaaten:** Die CDU fordert die Stärkung der Willkommens- und Anerkennungskultur, damit Deutschland für Zuwanderer attraktiver wird. Die SPD betont, dass Zuwanderung für alle EU-Staaten wichtig sei, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Qualifikationen von Zuwandernden sollen einfacher anerkannt werden. Die Grünen fordern neue Wege zur legalen und dauerhaften Einwanderung, die sich nicht nur an Hochqualifizierte richten. Die FDP strebt ein europaweites System der geregelten Einwanderung und die Einführung eines transparenten Punktesystems nach kanadischem Vorbild an, dem sich die Mitgliedstaaten freiwillig anschließen können. Die Linke betont, dass Migranten nicht als temporäre Arbeitskräfte ausgebeutet werden dürfen. Die AfD be-  
antwortet, dass sich die Arbeitsmigration aus Drittsta-

### Inhalt

<b>Europawahl 2014: Freizügigkeit, Grenzschutz und Asyl in den Wahlprogrammen deutscher Parteien</b>	<b>1</b>
<b>Fachkräfteeinwanderung: Ansätze und erste Erfahrungen</b>	<b>3</b>
<b>Europäische Union: Neue Regeln für Frontex</b>	<b>4</b>
<b>USA: Wandel der hispano-amerikanischen Bevölkerung</b>	<b>6</b>
<b>Australien: Neue Regierung setzt auf abschreckende Asylpolitik</b>	<b>8</b>
<b>Interview: Brauchen Medien eine Migrantenquote?</b>	<b>9</b>
<b>Kurzmeldungen</b>	
<b>Deutschland</b>	<b>2,3</b>
<b>Europa</b>	<b>4,5</b>
<b>Welt</b>	<b>6,8,10</b>
<b>Infothek</b>	<b>11</b>

Dieses Projekt  
wird gefördert  
durch die

ten ausschließlich am Bedarf der deutschen Wirtschaft ausrichten soll und fordert ebenfalls die Einführung eines Punktesystems.

**Grenzschutz, Flucht und Asyl:** Angesichts der Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer (vgl. Ausgaben 8/13, 9/13, 2/09) rückt die Politik zur Einreiseverhinderung an der europäischen Außengrenze regelmäßig in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Für die CDU ist der Schutz der europäischen Außengrenze ein „Garant für die Sicherheit in Europa“. Sie unterstützt daher den Aufbau eines elektronischen Ein- und Ausreiseregisters und will den Auftrag der Grenzschutzagentur Frontex stärken. Die SPD fordert die Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Damit soll eine bessere Verantwortungsverteilung zwischen den Mitgliedstaaten erreicht werden (vgl. Ausgaben 9/13, 8/13, 5/11). Die Grünen sehen in der Grenzpolitik „eine der größten europäischen Fehlentwicklungen“ und fordern einen „Neuanfang“. Sie setzen sich für mehr legale Zuwanderungsmöglichkeiten ein und fordern EU-weit einheitliche und faire Asylverfahren. Die Linke spricht sich ebenfalls gegen die Abschottung Europas aus. Sie lehnt das Seeüberwachungssystem Eurosur ab und will Frontex auflösen. Ein europäischer Verteilerschlüssel für Asylsuchende, der Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes, aber auch familiäre Bindungen und Sprachkenntnisse berücksichtigt, wird von der FDP angestrebt (vgl. Ausgabe 4/11, 2/11, 6/09). Die AfD fordert EU-weit einheitliche Mindeststandards zur Versorgung und Unterbringung Asylsuchender. Hilfe für Kriegsflüchtlinge soll möglichst „heimatnah“ gewährleistet werden. *Vera Hanewinkel*

**Eine detaillierte Übersicht über die Positionen der Parteien zu den Themen Zuwanderung, Flucht und Asyl finden Sie auf [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)**

### Europaskeptiker: Wähler haben gemeinsame Werte

Die Wähler europaskeptischer Parteien vom rechten Rand in einzelnen EU-Staaten teilen zahlreiche Positionen. Das ergab eine Umfrage des Amsterdamer Institutes Motivaction International. In dieser waren zwischen Dezember 2013 und Januar 2014 in Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und den Niederlanden 10.755 Wähler der europafeindlichen Parteien Vlaams Belang, Front National, United Kingdom Independence Party, Lega Nord und der Partij voor de Vrijheid zu ihren Werten und Einstellungen befragt worden. Diese sehen sich der Studie zufolge als „Opfer der Globalisierung“ und als „Verfechter von Tradition und Gehorsam“. Die Themen Einwanderung, Kriminalität und Sicherheit sind ihnen wichtiger als Arbeitslosigkeit und Umwelt. Europaskeptische und -feindliche Parteien könnten zu einer bedeutenden politischen Kraft in Europa werden, wenn sie sich aufgrund der gemeinsamen Werte ihrer Wähler zusammenschließen, resümieren die niederländischen Meinungsforscher (vgl. Ausgabe 3/14). *vh*

### Kurzmeldungen – Deutschland I

#### SVR-Jahresgutachten: Fortschrittliche Migrationspolitik, Baustelle Integrationspolitik

„Deutschland ist ein Einwanderungsland“ lautet die Kernbotschaft des 5. Jahresgutachtens (vgl. Ausgabe 4/13) des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR). Das veränderte Selbstverständnis äußere sich nicht nur in einer dynamischen Migrationspolitik, sondern auch durch integrationspolitische Impulse, erklärten die Migrationsexperten. Jedoch dürften die Öffnung des Arbeitsmarktes für qualifizierte Fachkräfte (Ausgaben 5/12, 7/11) sowie die bislang unzureichenden Verbesserungen für Flüchtlinge nicht darüber hinwegtäuschen, dass die hauptsächlich von ökonomischen und demografischen Interessen geleitete Migrationspolitik (vgl. S. 3) der letzten Jahre Neuerungen für andere Zielgruppen aussparte. Gemischt fällt das Urteil der Experten auch zur Integrationspolitik aus. Einerseits wird die institutionelle Etablierung des Islam an Schulen und Universitäten positiv hervorgehoben. Andererseits bleibe der Bildungsbereich die „zentrale integrationspolitische Baustelle“. Besonders Schulen bereite etwa der Umgang mit einer heterogenen Schülerschaft weiterhin große Probleme (vgl. Ausgaben 3/14, 7/13). Das SVR-Integrationsbarometer misst ein „pragmatisch-positives“ Integrationsklima in Deutschland, betont aber auch die Diskriminierungserfahrungen bestimmter Gruppen. *Stephan Liebscher, Universität Osnabrück*

#### Asyl: Neuregelungen geplant und Liste „sicherer Herkunftsländer“ erweitert

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) äußerte sich im ARD-Morgenmagazin vom 9. Mai zu einem Gesetzentwurf „zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsgenehmigung“, der aktuell in seinem Haus erarbeitet wird. Dieser sieht vor, dass Personen, die illegal nach Deutschland eingereist sind und ihre Identität verschweigen oder verschleiern, leichter abgeschoben werden können. Erstmals werde mit dem Entwurf auch die Inhaftierung von „unberechtigten Asylbewerbern“ geregelt, sagte de Maizière. Neben die Verschärfung des Asylrechts treten auch Erleichterungen. So sollen langfristig geduldete Ausländer ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten, sofern sie straffrei sind, ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten und Sprachkenntnisse vorweisen können. Zudem sollen Asylbewerber und Geduldete bereits nach drei statt bislang nach neun bzw. zwölf Monaten arbeiten dürfen. Während de Maizière von einem „ausgewogenen Paket“ sprach, stieß das Gesetzesvorhaben bei SPD und Opposition sowie bei Flüchtlingsorganisationen auf Kritik. Ferner hat die Bundesregierung Ende April Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als „sichere Herkunftsländer“ eingestuft, wodurch Asylanträge aus diesen Staaten schneller bearbeitet beziehungsweise automatisch abgewiesen werden können (vgl. Ausgaben 2/14, 9/12). Einem Gutachten der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl zufolge ist die Situation in diesen Ländern zu unsicher, um sie als „sichere Staaten“ einzustufen. *vh*

## Fachkräfteeinwanderung: Ansätze und erste Erfahrungen

**Das anhaltende Wirtschaftswachstum und der demografische Wandel rücken die Themen Fachkräftemangel und Fachkräftenwerbung in den Mittelpunkt der Zuwanderungsdebatten in Deutschland. Eine proaktive Anwerbepolitik wird zunehmend Teil der politischen Gestaltung der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Eine Zwischenbilanz der Initiativen zur Fachkräftenwerbung.**

**Arbeitsmarktöffnung:** In Deutschland erfolgte die Öffnung des Arbeitsmarktes für Migranten in mehreren Schritten. Nach der langen Phase der Gastarbeiteranwerbung von den 1950er Jahren bis 1973 (vgl. Ausgabe 3/10) wurde mit Beginn der 1990er Jahre die temporäre Beschäftigung ostmitteleuropäischer Arbeitnehmer in Mangelberufen durch bilaterale Abkommen geregelt. Seit 2005 ermöglicht das Zuwanderungsgesetz ausländischen Studierenden, die einen Abschluss an einer deutschen Universität erworben haben, den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt (vgl. Ausgabe 5/04). Die EU-Osterweiterungen 2004 und 2007 sowie der Wegfall von Übergangsregelungen 2011 bzw. 2014 führten zur vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU (vgl. Ausgaben 5/11, 4/11). Im Jahr 2009 verabschiedete die Europäische Kommission ferner eine Richtlinie (2009/50/EG), die den Arbeitsmarktzugang für hochqualifizierte Drittstaatsangehörige eröffnete (vgl. Ausgabe 9/08). In Deutschland wurde diese Blue Card im August 2012 in nationales Recht überführt (vgl. Ausgaben 6/13, 4/12, 9/11). Die Anforderungen sind ein Hochschulabschluss oder ein Arbeitsvertrag mit Mindesteinkommen. Das Anerkennungsgesetz vereinfachte im gleichen Jahr die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (vgl. Kurzdossier Nr. 18). Im Jahr darauf wurde für technische und Pflegeberufe die bereits bestehende Positivliste für Mangelberufe durch die Änderung der Beschäftigungsverordnung des Bundes erweitert (vgl. Ausgaben 3/13, 2/13, 1/11). Daneben bestand schon zuvor die Möglichkeit, individuell Fachkräfte über die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (bis 2007 Zentralstelle für Arbeitsvermittlung, ZAV) anzuwerben, sofern keine deutschen oder europäischen Bewerber zur Verfügung standen.

**Anwerbeprogramme:** Eine aktive Rekrutierungspolitik von nationalstaatlicher Seite setzte verstärkt im Zuge der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der seit Jahren geführten gesellschaftspolitischen Debatte um den demografischen Wandel ein. Das politische Ziel der Fachkräftenwerbung und -ausbildung wurde mit den Programmen „MobiPro-EU“, „Triple Win“ und „Make it in Germany“ konkretisiert.

Das vom Bundesarbeitsministerium Ende 2012 initiierte Programm „MobiPro-EU“ bezweckt unter anderem mit Ausbildungszuschüssen und Zuschüssen für Reise- und Umzugskosten die Anwerbung junger, Arbeit suchender Menschen aus Südeuropa für Ausbildungs-

### Kurzmeldungen – Deutschland II

#### Härtere Strafen bei rassistischen Straftaten

Künftig sollen in Deutschland „rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Beweggründe und Ziele“ bei der Bemessung der Höhe der Strafe stärker berücksichtigt werden. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) legte Ende April einen Entwurf für eine entsprechende Änderung des Strafgesetzbuches vor. Damit sollen auch Ermittlungsbehörden stärker für diese Problematik sensibilisiert werden. Der Gesetzentwurf sieht auch eine Stärkung der Position des Generalbundesanwalts vor, der in Zukunft Ermittlungen schneller übernehmen können soll. Dies hatte der NSU-Untersuchungsausschuss gefordert (vgl. Ausgabe 7/13). Der Gesetzesvorschlag setzt das Vorhaben des Koalitionsvertrags um, als Reaktion auf die Ermittlungsprobleme im Zuge der NSU-Mordserie rassistische und fremdenfeindliche Motive stärker in den Fokus von Justiz und Polizei zu rücken. Teile der Opposition kritisierten, dass viel Auslegungsspielraum bei der Zuordnung von Tatmotiven bleibe. Der Verfassungsschutzbericht 2012 zählte allein 393 Gewalttaten mit fremdenfeindlichem und 36 mit antisemitischem Hintergrund auf (vgl. Ausgabe 1/14). *fr*

#### Deutschtest beim Familiennachzug EU-rechtswidrig

Die umstrittene Regelung über den Nachweis grundlegender Deutschkenntnisse beim Ehegattennachzug (vgl. Ausgaben 8/12, 7/11, 10/08) verstößt gegen EU-Recht und internationale Verträge. Dies erklärte der Generalanwalt des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) Paolo Mengozzi Ende April in seinem Schlussantrag. Die 2007 eingeführte Sprachprüfung (vgl. Ausgabe 6/07), die sich teilweise als großes Hindernis für nachzugswillige Ehegatten erwies, stehe nicht im Verhältnis zur so genannten Stillhalteklausele aus dem EU-Assoziierungsabkommen mit der Türkei. Demnach stelle der Sprachnachweis eine weitere Hürde für in Deutschland niedergelassene Türken dar, die deren Niederlassungsfreiheit einschränke. In der vorliegenden Rechtssache (C-138/13) hatte eine türkische Staatsbürgerin geklagt, nachdem ihr die deutsche Botschaft aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse das Visum zum Familiennachzug verwehrt hatte. Das Urteil des EuGH wird in einigen Monaten erwartet. *Stephan Liebscher, Universität Osnabrück*

berufe im dualen System Deutschlands. Mit bislang 9.000 Bewerbungen war die Nachfrage deutlich größer als von der Bundesregierung erwartet. In diesem Jahr waren die geplanten Mittel aufgrund der großen Nachfrage schon nach drei Monaten aufgebraucht, so dass das bis 2018 laufende Programm unter viel Kritik zum 1. April aus Kostengründen ausgesetzt wurde.

Im Jahr 2013 wurde „Triple Win“, ein Programm zur Rekrutierung von Pflegekräften in Bosnien-Herzegowina, Serbien und auf den Philippinen, als Kooperation der ZAV und der bundeseigenen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) etabliert. Der Begriff „Triple Win“ zielt dabei auf einen möglichen dreifachen Vorteil – für die angeworbene Arbeitskraft, das Unternehmen in Deutschland und das Herkunftsland, das arbeitslose

Fachkräfte abgibt und mit Rücküberweisungen rechnen kann. Ob das Herkunftsland tatsächlich immer gewinnt, gerade im sensiblen Gesundheits- und Pflegebereich, ist umstritten, da Arbeitskräfte im Gesundheitsbereich in vielen der betroffenen Länder selbst knapp sind. Bislang wurden allerdings nur gut 130 Pflegekräfte vermittelt.

Politisch breiter angelegt ist das im Juni 2012 vom Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) zusammen mit dem Bundesarbeitsministerium und der Bundesagentur für Arbeit (BA) aufgelegte Programm „Make it in Germany“. Es wurde als Informations- und Koordinationsportal innerhalb der Fachkräfteoffensive der Bundesregierung 2013 konzipiert und richtet sich an ausgebildete Fachkräfte, Studierende und Auszubildende in und außerhalb der EU. Proaktive Rekrutierung wird in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in den Pilotländern Indien, Indonesien und Vietnam betrieben. Seit Programmbeginn gingen laut BMWi 15.000 Anfragen internationaler Fachkräfte ein. Es sei „bereits zu ersten Vermittlungen in offene Stellen in Engpassberufen gekommen“, heißt es. Genaue Zahlen werden bislang nicht an die Öffentlichkeit gegeben. Im Vergleich dazu sind seit Sommer 2012 insgesamt rund 12.000 Personen über die Blue Card nach Deutschland zugewandert, also auf individuellem Weg ohne Förderung durch ein staatliches Programm.

**Perspektiven:** Neben den nationalen Programmen gibt es mittlerweile eine Vielzahl an dezentralen Initiativen staatlicher (Regionaldirektionen der BA, Landkreise, Städte, Gemeinden) und nicht-staatlicher Akteure (IHKs, Nationales MINT-Forum usw.). Was aber noch aussteht, ist eine stärkere Koordination der einzelnen Maßnahmen und deren Ausweitung sowie ein kohärentes, von der Politik begleitetes Konzept für eine auf Dauer angelegte proaktive Migrationspolitik, wie sie der Sachverständigenrat der deutschen Stiftungen für Integration und Migration oder die Bertelsmann-Stiftung wiederholt forderten (vgl. Ausgaben [5/13](#), [4/13](#)). Wenn ab 2020 die Generation der Babyboomer in den Ruhestand geht, wird sich das Problem des Fachkräftemangels und der alternden Gesellschaft verschärfen. Ob der Demografieipfel des Bundes zur Lösung des Problems ein nachhaltiges Konzept liefert, wird sich im Frühjahr 2015 mit Vorlage seiner Ergebnisse zeigen. *Rainer Ohliger, Netzwerk Migration in Europa e.V.*

## Europäische Union: Neue Regeln für Frontex

**Das EU-Parlament hat der Grenzschutzagentur Frontex strengere Regeln im Umgang mit Flüchtlingsbooten auferlegt. So dürfen diese Boote nicht mehr abgedrängt oder zur Umkehr gezwungen werden. Auch Fischer, die in Seenot geratenen Flüchtenden helfen, müssen künftig keine Strafen mehr befürchten. Kritikern geht der Beschluss nicht weit genug, um einen effektiven Flüchtlingsschutz zu gewährleisten.**

### Kurzmeldungen – Europa I

#### Mindestens 23.000 Tote an EU-Außengrenzen seit 2000

Ein Zusammenschluss von Journalisten hat neue Zahlen zum Ausmaß des europäischen Flüchtlingsdramas (vgl. Ausgaben [9/13](#), [8/13](#)) vorgelegt. Demnach sind seit dem Jahr 2000 mindestens 23.000 Menschen bei ihren Einwanderungsversuchen nach Europa ums Leben gekommen oder gelten seither als vermisst. Vorherige Schätzungen gingen von 17.000 bis 19.000 Opfern seit den frühen 1990er Jahren aus. Das Projekt „[The Migrants Files](#)“ führt Auswertungen des Netzwerks „[United for Intercultural Action](#)“, des Projekts „[Fortress Europe](#)“ sowie Daten der Europäischen Kommission zusammen und analysiert laufend die Berichterstattung über Todesfälle und Vermisstenmeldungen. Bisher erheben weder die Behörden der europäischen Mitgliedstaaten noch die europäische Grenzschutzagentur Frontex Statistiken über die Todesfälle an Europas Außengrenzen. Seitdem Frontex die Kontrollen an der Landgrenze zwischen Griechenland und der Türkei im Jahr 2011 verstärkt hat, ist die Zahl der Migranten auf dieser Route von 55.000 auf 12.000 im Jahr 2013 gefallen (vgl. Ausgabe [9/10](#)), während die Einwanderungsversuche auf dem gefährlicheren Seeweg zwischen der Türkei und Griechenland von 1.500 auf über 11.000 gestiegen sind. *ek*

Das EU-Parlament hat am 16. April mehrheitlich eine Reihe von Neuregelungen bezüglich der See-Grenz-sicherung und des Flüchtlingsschutzes beschlossen. Die EU-Staaten sowie Frontex sind nun auch nach EU-Recht explizit verpflichtet, Flüchtlingen in Seenot zu helfen. Bislang basierten die Rettungseinsätze auf Freiwilligkeit. Flüchtlingsboote dürfen künftig nicht mehr abgedrängt oder zur Rückkehr genötigt werden; sie dürfen lediglich gewarnt werden, nicht in territoriale Gewässer von EU-Mitgliedstaaten einzudringen.

Bei ihren Grenzschutzoperationen hat Frontex ferner dafür Sorge zu tragen, dass schutzbedürftige Personen wie z. B. Opfer von Menschenhandel oder unbegleitete Minderjährige als solche identifiziert werden und ihre Rechte wahrnehmen können. Jedes Boot soll auf diese Personengruppe hin geprüft werden. Dazu sollen Dolmetscher und Rechtsberater bei Bedarf per Funkverbindung konsultiert werden. Zudem sollen Personen, die in Seenot geratenen Flüchtlingen helfen, künftig keine Strafen mehr befürchten müssen.

Die neuen Regelungen bekräftigen das Zurückweisungsverbot der Genfer Flüchtlingskonvention (Art. 33, GFK), wonach Einwanderer nicht an den Außengrenzen abgewiesen und in Drittstaaten zurückgeschickt werden dürfen, in denen ihnen Menschenrechtsverletzungen drohen. Anlass für die Neuregelung gaben zum einen das schwere Flüchtlingsunglück vor der italienischen Insel Lam-

pedusa im Oktober des vergangenen Jahres (vgl. Ausgaben [9/13](#), [8/13](#)), zum anderen das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 5. September 2012, in dem die bisherige rechtliche Grundlage für die Praxis der Überwachung der EU-Seeaußengrenzen für nichtig erklärt wurde (Az. C-355/10). Bei der Verabschiedung der rechtlichen Grundlage für die durch die europäische Agentur Frontex durchgeführte Grenzüberwachung war das Europäische Parlament nicht berücksichtigt worden.

Der EU-Ministerrat muss den neuen Regeln noch zustimmen. Damit sei noch vor dem Sommer dieses Jahres zu rechnen, teilte die EU mit.

**Reaktionen:** „Wir haben jüngst zu viele tragische Verluste von Menschenleben im Mittelmeer erlebt“, kommentierte EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström die Entscheidung des EU-Parlaments und ergänzte: „Klare, verbindliche Regeln zum Abfangen, zur Suche, Rettung und Landung werden helfen, solche Tragödien in der Zukunft zu verhindern.“ Der Berichterstatter des Justizausschusses Carlos Coelho erklärte, dass die neuen Regeln Frontex befähigen werden, „effektiver zu reagieren und Todesfälle auf See zu verhindern, so dass unser Bedürfnis nach Sicherheit mit unserer Pflicht der Achtung der Menschenrechte in Übereinstimmung gebracht wird“.

Während sich alle politischen Parteien darüber einig sind, dass es sich bei den Reformen grundsätzlich um eine Verbesserung des Flüchtlingsschutzes handelt, geht die Neufassung der Europäischen Grünen Partei nicht weit genug. Deren Spitzenkandidatin Ska Keller [erklärte](#), dass ohne den prinzipiellen Einsatz von Dolmetschern vor Ort eine ernsthafte Prüfung der Schutzbedürftigkeit nicht gewährleistet sei. Diese sei aber Grundlage des Zurückweisungsverbots, das somit umgangen werden könne. Aus diesem Grund haben sich die Grünen im EU-Parlament bei der Abstimmung enthalten. Cornelia Ernst (Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke) hatte gegen die Neuregelung gestimmt, weil diese hinter das vereinbarte Ziel zurückfalle. Asylsuchenden drohe weiterhin die Zurückweisung, noch bevor sie die EU betreten.

Unterdessen riefen die südeuropäischen EU-Staaten die Europäische Union auf, illegale Einwanderung stärker zu bekämpfen. Die EU solle den betroffenen Mitgliedstaaten im Süden zudem finanziell helfen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Außenminister von Spanien, Portugal, Frankreich, Italien, Griechenland, Malta und Zypern, die Mitte April auf einem informellen Ministertreffen in der spanischen Hafenstadt Alicante verabschiedet wurde. Seit Jahresanfang verzeichnen die südeuropäischen EU-Staaten einen starken Anstieg an irregulärer Einwanderung. Allein nach Italien sind seit Jahresbeginn etwa 20.000 Personen über den Seeweg gelangt. Beim Versuch der Einreise kommen immer wieder Menschen ums Leben, zuletzt bei einem Bootsunglück in der griechischen Ägäis Anfang Mai mit mindestens 22 Todesopfern. *Fatma Rebeggiani*

## Kurzmeldungen – Europa II

### Schweiz: Grenzkontrollen sollen in Notlagen möglich sein

Der Schweizer Bundesrat [plant](#) die Wiedereinführung „verdachtsunabhängiger Personenkontrollen“ an den eigenen Grenzen zur EU, wie aus einer Parlamentsvorlage (BBl 2014 3373) vom 9. April hervorgeht. Kommt es zu „schwerwiegenden Mängeln“ bei Kontrollen an den Schengen-Außengrenzen, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden könnten, können Grenzkontrollen bis zu sechs Monaten beziehungsweise in nicht näher definierten „außergewöhnlichen Situationen“ sogar bis zu zwei Jahren durchgeführt werden. Die Schweiz selbst kann dabei die Kriterien für eine Grenzschießung sowie deren Dauer festlegen. Mit der geplanten Neuordnung übernimmt die Schweiz die 2013 novellierte EU-Verordnung über den Schengener Grenzkodex (1051/2013). Unterdessen hat die Schweiz im Streit mit der EU um die Personenfreizügigkeit [Kontingente](#) durchgesetzt und wird ab Juli 2014 bis zu 50 Aufenthaltbewilligungen sowie 450 Aufenthaltsgenehmigungen für kroatische Staatsbürger erteilen (vgl. Ausgabe [2/14](#)). *Stephan Liebscher, Universität Osnabrück*

### EU: Rassismus gegen Roma nimmt zu

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) hat die EU-Staaten aufgefordert, entschlossener gegen die Diskriminierung von Roma vorzugehen. In einem Anfang April veröffentlichten [Bericht](#) wirft die Menschenrechtsorganisation den EU-Ländern vor, gewalttätige Angriffe auf Roma vielfach „stillschweigend“ hinzunehmen und die Verantwortlichen häufig nicht zur Rechenschaft zu ziehen. Die „passive Haltung der Regierungen“ sowie der rassistische Diskurs über Roma ermutige zu Gewalttaten, wie dies insbesondere in Tschechien und Griechenland der Fall sei (vgl. Ausgabe [1/14](#)). In beiden Ländern sind in der Vergangenheit auch Polizisten mit rassistisch motivierter Gewalt gegen Roma vorgegangen. AI kritisiert zudem, dass viele der 10-12 Mio. Roma in Europa systematisch diskriminiert würden, etwa beim Zugang zu Schulen oder angemessenem Wohnraum. Die Organisation fordert unter anderem, die Umsetzung der europäischen Antirassismus-Richtlinie (2000/43/EG) stärker zu kontrollieren und „in letzter Konsequenz Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten“ einzuleiten. *ek*

### EU: Handreichung zur Familienzusammenführung

Die Europäische Kommission hat am 3. April in Brüssel eine [Handreichung](#) für die korrekte Umsetzung der seit 2003 geltenden Familienzusammenführungsrichtlinie (2003/86/EG) [vorgestellt](#). Die Kommission will so sicherstellen, dass die EU-Mitgliedstaaten den in der Richtlinie garantierten Rechten und Pflichten einheitlich nachkommen. In der Handreichung werden noch einmal die Personengruppen, die korrekte Prüfung und Bearbeitung der Anträge, die von den Antragstellern zu erfüllenden Bedingungen sowie die Verpflichtungen der EU-Mitgliedstaaten definiert. Zuvor waren der Europäischen Kommission bei einer Überprüfung der rechtlichen und praktischen Umsetzung der Richtlinie in den EU-Mitgliedstaaten zahlreiche Mängel aufgefallen. *th*

## USA: Wandel der hispano-amerikanischen Bevölkerung

**Das Wachstum der Bevölkerung mit lateinamerikanischen Wurzeln in den Vereinigten Staaten geht mehrheitlich nicht mehr auf Zuwanderung zurück, sondern auf Geburtenzuwächse dieser Bevölkerungsgruppe. Dies geht aus einer Analyse des Pew Research Centers hervor, die Ende April veröffentlicht wurde. Da eine Geburt im Inland automatisch zum Erwerb der US-amerikanischen Staatsangehörigkeit führt, erhöht sich auch das politische Gewicht der Hispano-Amerikaner – ein wichtiger Aspekt im Kontext der von den Republikanern blockierten Einwanderungsreform.**

Grundlage der Analyse des in Washington D.C. ansässigen Pew Research Centers sind [Daten](#) des American Community Survey (ACS). Hierbei handelt es sich um die größte Haushaltserhebung in den Vereinigten Staaten, vergleichbar mit dem deutschen Mikrozensus (vgl. Ausgabe [8/09](#)).

Der Schwerpunkt der Analyse des Forschungszentrums liegt auf der Entwicklung und Struktur der hispano-amerikanischen Bevölkerung. Seit 1970 ist diese Bevölkerungsgruppe von 9,1 Mio. (4,5 % der Gesamtbevölkerung) auf 53 Mio. (16,9 %) im Jahr 2012 um nahezu das Sechsfache gewachsen. Während das besonders starke Wachstum dieser Gruppe von 1980 bis 2000 vor allem auf Zuwanderung basierte, ist seit der Jahrtausendwende eine Trendwende zu beobachten. Im Zeitraum von 2000 bis 2010 belief sich die Zahl der Neuzuwanderer aus Lateinamerika („foreign born“) auf insgesamt 6,5 Mio. Personen, die Zahl der in den USA geborenen Hispano-Amerikaner („native born“) betrug im gleichen Zeitraum 9,6 Mio. Menschen. Der Bevölkerungszuwachs ist damit in diesem Zeitraum zu rund 60 % auf im Inland geborene Latinos zurückzuführen.

Dies verändert auch die Zusammensetzung der hispano-amerikanischen Bevölkerungsgruppe in den USA (siehe Grafik S. 7). Während 2007 noch 55 % aller über 18-jährigen Hispano-Amerikaner in die USA eingewandert waren, sank der Zuwandereranteil bis zum Jahr 2012 auf 49,8 %. Bei den unter 18-Jährigen ging der Anteil der im Ausland Geborenen im selben Zeitraum von 10 % auf 6,8 % zurück. Über alle Altersgruppen hinweg waren 2012 nur noch 35,5 % aller Hispano-Amerikaner zugewandert, 2007 waren es noch 39,8 %.

Das geringere Wachstum der im Ausland geborenen hispano-amerikanischen Bevölkerung ist in erster Linie auf den Rückgang der Zuwanderung aus Mexiko zurückzuführen. Mexiko ist das bei weitem wichtigste Herkunftsland für die lateinamerikanische Zuwanderung in die Vereinigten Staaten. Mit 11,5 Mio. Personen kommen nahezu zwei Drittel (61 %) der ins-

### Kurzmeldungen – Welt I

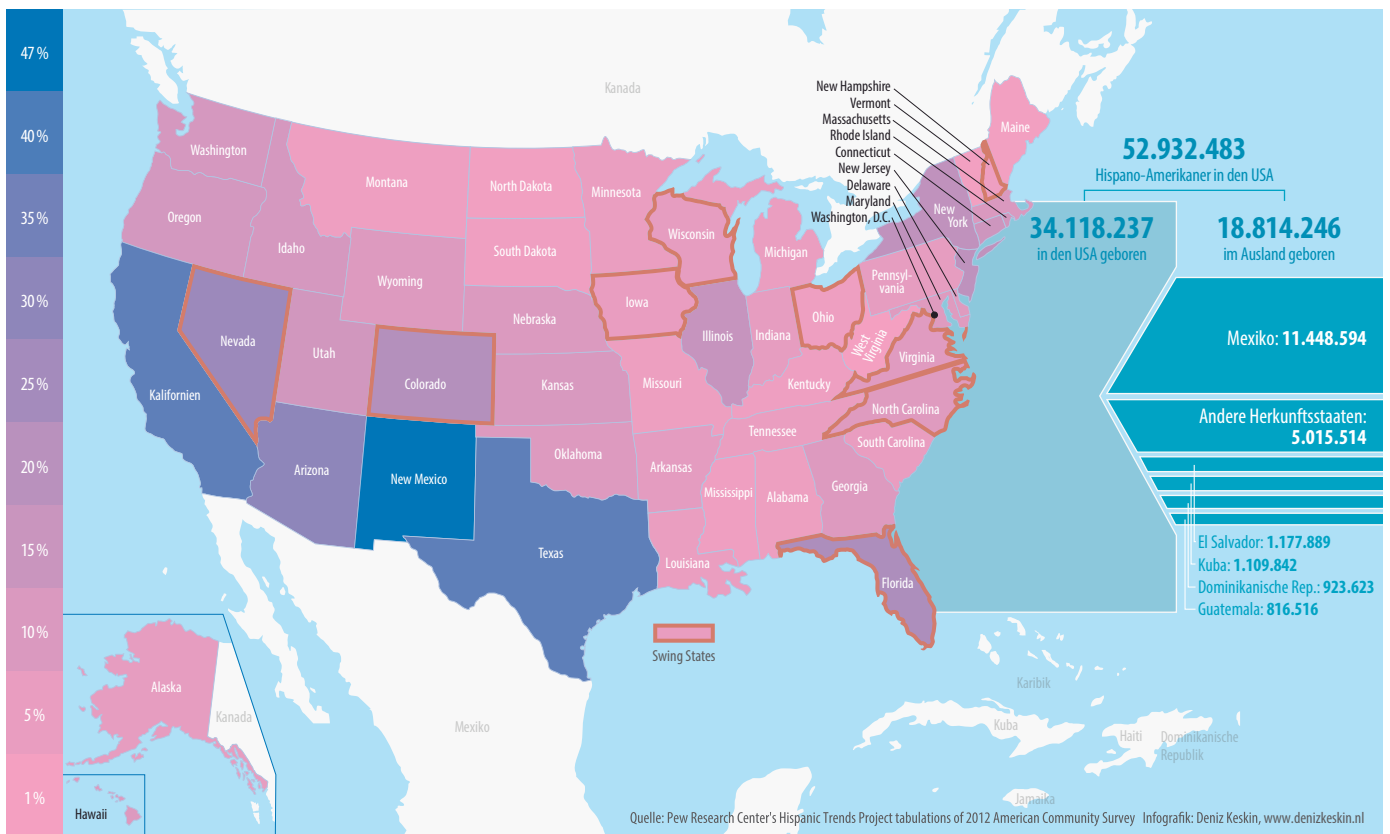
#### **Mexiko: Aufenthaltstitel für verunglückte Migranten in Aussicht gestellt**

Der mexikanische Präsident Enrique Peña Nieto (Partei der Institutionellen Revolution, sozialistisch) erklärte [Medienberichten](#) zufolge, dass seine Regierung auf der Durchreise verunglückten Menschen mit Verstümmelungen künftig einen humanitären Aufenthaltstitel zukommen lassen will. Anlass war die Forderung des honduranischen Verbands für behinderte Rückkehrer (Amiredis) am 9. April, Mittelamerikanern, die Mexiko in Richtung USA durchqueren, humanitäre Visa zu erteilen. Amiredis vertritt rund 450 Honduraner, die in den vergangenen Jahren bei der Durchreise durch Mexiko auf dem Dach eines Güterzuges einen Unfall erlitten und dabei Gliedmaßen verloren haben. Sie wurden medizinisch versorgt und dann in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Mexiko erteilt nur jenen Migranten ein Visum, die auch für die Vereinigten Staaten gültige Papiere haben, so dass all jene ohne US-Visum gezwungenermaßen untertauchen. Um weiterzureisen warten sie meist an der Zugstrecke, um unentdeckt auf den in den Norden Mexikos fahrenden Zug zu springen. Obwohl inzwischen die mexikanische Bundespolizei in den Zügen patrouilliert, werden die schutzlosen Migranten immer wieder von mafiösen Banden oder korrupten Beamten überfallen oder entführt (vgl. Ausgaben [5/12](#), [7/10](#)). Nach Schätzungen von Hilfsorganisationen sind auf der Strecke seit 2006 mehrere Tausend Personen [verschwunden](#). Die 3.000 Kilometer lange Zugstrecke durch Mexiko gilt als eine der gefährlichsten weltweit für Migranten. Menschenrechtsorganisationen kritisieren immer wieder die mangelnde Bereitschaft der mexikanischen Regierung, Migranten vor Überfällen, Schutzgelderpressungen und Zwangsprostitution zu schützen. *Stephan Liebscher, Universität Osnabrück*

gesamt 18,8 Mio. im Ausland geborenen Latinos in den USA aus dem südlichen Nachbarland der Vereinigten Staaten. Seit Mitte der 2000er Jahre geht die Neuzuwanderung aus Mexiko zurück. Zugleich stieg die Zahl der Rückkehrer nach Mexiko. Die Gründe liegen im ökonomischen Wachstum in Mexiko bei gleichzeitiger Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten sowie den verstärkten Grenzsicherungsmaßnahmen der USA (vgl. Ausgabe [4/12](#)). Aufgrund des Wachstums inländischer Geburten wird die hispano-amerikanische Bevölkerung gemäß [Projektionen](#) der US-amerikanischen Zensusbehörde bis zum Jahr 2060 dennoch auf etwa 129 Mio. Menschen steigen. Somit würde der Anteil der Hispano-Amerikaner an der US-amerikanischen Gesamtbevölkerung von derzeit 17 % auf 31 % anwachsen.

Das Wachstum der im Inland geborenen hispano-amerikanischen Bevölkerung führt zu einem Wandel der politischen Kräfteverhältnisse. Denn jede Person, die in den Vereinigten Staaten geboren wird, erhält mit der US-amerikanischen Staatsangehörigkeit auch das Recht, ab dem Alter von 18 Jahren zu wählen. Die statistische Auswertung der letzten Präsidentschafts-

## Anteil der Hispano-Amerikaner an der US-amerikanischen Gesamtbevölkerung 2012



wahlen belegt eine deutliche Wählerpräferenz der größten Minderheitengruppen (Hispano-Amerikaner, Afroamerikaner, asiatischstämmige Amerikaner) für die Demokraten. Etwa 70 % der an den Wahlen teilnehmenden Latinos stimmten im November 2012 für den demokratischen Amtsinhaber Barack Obama (vgl. Ausgabe 10/12). Bei einem weiteren Wachstum der hispano-amerikanischen Bevölkerung mit US-amerikanischer Staatsangehörigkeit könnte es in einigen Bundesstaaten, gerade auch in solchen mit wechselnden

Mehrheiten („Swing States“) wie zum Beispiel Florida, Ohio oder Colorado, zu entscheidenden Veränderungen in der Wählerstruktur kommen.

Dies stellt die Republikaner vor ein strategisches Dilemma. Teile der Partei wollen einen Kompromissvorschlag für eine umfassende Einwanderungsreform unterstützen (vgl. Ausgaben 6/13, 2/13), um das Ansehen der Partei innerhalb der hispano-amerikanischen Bevölkerung zu verbessern. Der Reformentwurf der demokratischen US-Regierung sieht eine Legalisierung von undokumentierten Zuwanderern sowie eine erleichterte Einbürgerung vor. Im Gegenzug soll die Grenzsicherung mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden. Andere Republikaner blockieren die Reform grundsätzlich, weil sie befürchten, dass sie mit diesen Bemühungen nicht ausreichend Hispano-Amerikaner gewinnen, um die sinkenden Wähleranteile bei dem absehbaren Wachstum dieser Bevölkerungsgruppe auszugleichen (vgl. Ausgaben 2/13, 1/13). Zudem befürchten sie, vermeintlich einwanderungskritische Stammwähler in der „weißen“ Mehrheitsbevölkerung zu verlieren, wenn sie einer Reform der Einwanderungsgesetzgebung zustimmen. Ein drittes Lager will die Reformen zu Legalisierung und Grenzschutz getrennt behandeln. Beobachtern zufolge ist die Mehrheit der Republikaner im Abgeordnetenhaus der Auffassung, die Halbzeitwahlen in der Mitte der vierjährigen Amtszeit von Präsident Obama im November 2014 ohne Zuwanderungsreform gewinnen zu können. Angesichts des schon jetzt wachsenden politischen Einflusses der Latinos könnte sich dies als Fehlannahme herausstellen. *Stefan Alscher*

### USA: Gezielte Minderheitenförderung kann aufgehoben werden

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten sprach sich in einem Urteil vom 22. April (Az. 12-682) dafür aus, dass Regelungen zur gezielten Minderheitenförderung („Affirmative Action“) per Volksentscheid begrenzt bzw. aufgehoben werden dürfen. Hintergrund für die Entscheidung ist ein seit 2006 anhaltender Rechtsstreit im US-Bundesstaat Michigan (vgl. Ausgabe 10/12), nachdem sich eine Mehrheit der Bevölkerung per Referendum für die Abschaffung von so genannter positiver Diskriminierung an den Universitäten des Bundesstaates ausgesprochen hatte. Bürgerrechtsorganisationen bezeichneten das mit sechs zu zwei Stimmen gefällte Urteil des Obersten Gerichtshofs als „Rückschritt im Streben nach mehr Vielfalt“. Mit dem Urteil dürften ähnliche Gesetze in anderen Bundesstaaten, darunter Florida, Kalifornien und Texas, juristisch unangefochten bleiben. *sta*

## Australien: Neue Regierung setzt auf abschreckende Asylpolitik

**In Australien hat die liberal-konservative Regierung die restriktive Flüchtlingspolitik der zuvor amtierenden Labor-Regierung weiter verschärft: Geflüchtete, die per Boot Australiens Küste erreichen, sollen nicht ins Land gelassen und in Partnerländer sowie auf Inseln der Region abgeschoben werden. Die Abschreckungspolitik wird in weiten Teilen der Bevölkerung befürwortet, stößt aber auch auf viel Kritik.**

**Zwangsrückführungen:** Ende März verkündete Australiens Premierminister Tony Abbott (LPA), dass seit 100 Tagen keine neuen Bootsflüchtlinge mehr die australische Küste erreicht hätten. Seine im September 2013 angetretene Regierung bewertete dies als Erfolg ihres verschärften Vorgehens gegen irreguläre Einwanderung und Geflüchtete im Rahmen der so genannten „Operation Sovereign Borders“. Mit dieser wird angestrebt, Schutzsuchende bereits auf dem Meer vor Australien zurückzudrängen. Die Regierung in Canberra hat eingestanden, hierfür mehrmals in indonesische Hoheitsgewässer eingedrungen zu sein und Flüchtlingschiffe in Richtung Indonesien zurückgedrängt zu haben. Solche Zurückweisungen verstoßen gegen die von Australien 1954 unterzeichnete Genfer Flüchtlingskonvention, nach der Flüchtlingsboote nicht abgedrängt werden dürfen und Schutzsuchenden Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu gewähren ist. Anfang des Jahres wurden zudem Berichte laut, nach denen Schutzsuchende, die auf hoher See aufgegriffen werden und deren Boote nicht seetüchtig sind, vom australischen Grenzschutz mit neuen Rettungsbooten ausgestattet und dazu gezwungen werden, nach Indonesien zurückzufahren. Die Regierung wollte die Berichte weder bestätigen noch dementieren.

Regierungsangaben zufolge wurden im Zeitraum von Juli 2012 bis Juli 2013 etwa 18.100 Asylanträge von Bootsflüchtlingsen gestellt, die vor allem aus Sri Lanka, Iran, Afghanistan, Pakistan und dem Irak kamen. Die Zahl der Antragsteller stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um knapp 11.000 (Juli 2011 – Juli 2012: 7.400). Zahlen zu tödlichen Unglücken auf hoher See sowie zur Anzahl der Zurückgedrängten werden von der Regierung nicht veröffentlicht.

**Verhandlungen mit Kambodscha:** Ende April hat die australische Regierung ein neues Abkommen mit Kambodscha geschlossen, nach dem Bootsflüchtlinge, die das australische Festland erreichen, in Aufnahmeflagern auf dem Gebiet Kambodschas interniert werden sollen. Die kambodschanische Regierung soll im Gegenzug Finanzhilfen in Höhe von 80 Mio. US-Dollar für das Jahr 2014 erhalten.

### Kurzmeldungen – Welt II

#### UNHCR: Asylzahlen 2013

In insgesamt 44 Industriestaaten ist die Zahl der Asylanträge im Jahr 2013 deutlich gestiegen. Dies geht aus dem Bericht „*Asylum Trends 2013*“ hervor, den das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) am 21. März veröffentlicht hat. In den Staaten Europas, Nordamerikas, Ostasiens und der Pazifikregion stellten insgesamt 612.730 Personen einen Antrag auf Asyl (2012: 479.470). Dies entspricht einem Anstieg von rund 28 % gegenüber dem Vorjahr. 484.600 Asylanträge wurden in 38 europäischen Staaten gestellt, was einem Wachstum um etwa ein Drittel entspricht (2012: 368.400). Deutschland war 2013 zum ersten Mal seit 1999 wichtigstes Zielland (109.600), gefolgt von den USA (88.400), Frankreich (60.100), Schweden (54.300) und der Türkei (44.800). Die Hauptherkunftsländer von Asylsuchenden in den 44 Industriestaaten waren Syrien (56.400), die Russische Föderation (39.800), Afghanistan (38.700), Irak (38.200), Serbien einschließlich Kosovo (34.700), Pakistan (26.300), Iran (23.900), Somalia (23.100) und Eritrea (21.800) (vgl. Ausgaben [2/14](#), [1/14](#)). *sta*

#### Jordanien/Libanon: Situation syrischer Flüchtlinge

Laut Angaben des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) halten sich inzwischen insgesamt rund 3 Mio. syrische Flüchtlinge im Irak, Libanon, der Türkei, Jordanien und Ägypten auf. Allein im Libanon leben etwa 1 Mio. syrische Flüchtlinge, was rund einem Viertel der libanesischen Bevölkerung entspricht. In Jordanien leben über 500.000 syrische Flüchtlinge, davon über 100.000 allein im Flüchtlingscamp Za'atari im Norden des Landes. Ende April wurde ein weiteres Flüchtlingslager für 25.000 Menschen eröffnet. Aufgrund des anhaltenden Zustroms von Kriegsflüchtlingsen aus Syrien bahnen sich in beiden Ländern wirtschaftliche und soziale Krisen an. Die öffentliche Infrastruktur ist stark belastet, die staatlichen Ausgaben steigen stetig an. Ferner ist die Lage der Flüchtlingskinder dramatisch: Von den über 400.000 Kindern haben laut UNHCR lediglich 100.000 einen Platz in libanesischen Schulen bekommen. Das UNHCR hat gemeinsam mit den fünf Hauptaufnahmeflagern die internationale Gemeinschaft aufgefordert, ihre Bemühungen zur Linderung der humanitären Krise deutlich zu erhöhen (vgl. Ausgaben [10/13](#), [9/13](#), [7/13](#)). *fr*

Die Offshore-Verfahren, bei denen Bootsflüchtlinge während des Asylverfahrens in Nachbarländern festgehalten werden, vollzieht Australien mit Unterbrechung (vgl. Ausgabe [6/12](#)) bereits seit dem Jahr 2001. Mittlerweile bestehen entsprechende Abkommen mit den Inseln Christmas, Ashmore, Kokos sowie seit 2013 mit Nauru und Papua-Neuguinea. Die Abbott-Regierung setzte zudem durch, künftig kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht mehr an Personen zu vergeben, die bei einem irregulären Einreiseversuch gefasst werden. So erhalten diese Asylsuchenden maximal ein temporäres dreijähriges Schutzvisum. Zudem müssen sie auch nach



einer Anerkennung als politische Flüchtlinge auf einer der genannten Pazifik-Inseln bleiben. Irregulär eingereisten Geflüchteten wurde zudem der Anspruch auf Rechtsberatung sowie eine staatliche Krankenversicherung entzogen. Ferner müssen sie einen Verhaltenskodex unterschreiben, der ihnen unter anderem untersagt, in der Öffentlichkeit zu fluchen oder zu spucken. Bei Verstoß droht ihnen die sofortige Abschiebung.

**Menschenunwürdige Unterbringung:** Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen wie das „Asylum Seeker Resource Center“ kritisieren die auf Abschreckung setzende Politik der Abbott-Regierung. Besorgnis wurde unter anderem über deren Pläne geäußert, künftig bis zu 5.000 Flüchtlinge auf der 9.000-Einwohner-Insel Nauru dauerhaft unterzubringen, weil in den Auffanglagern vor Ort schon jetzt keine menschenwürdige Unterbringung für die Schutzsuchenden gewährleistet werden könne. Zudem erklärte das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen in einem Bericht zur Situation in Papua-Neuguinea, dass die hygienischen Verhältnisse sowie die medizinische Versorgung in den Aufnahmeeinrichtungen nicht den völkerrechtlichen Standards entsprechen.

Ausdruck der desolaten Situation sind auch zahlreiche Proteste und Hungerstreiks, die in den Unterkünften der Schutzsuchenden zunehmend stattfinden (vgl. Ausgabe 5/11). Im Februar wurden bei Zusammenstößen zwischen Asylsuchenden und Sicherheitskräften in einem Auffanglager auf der Insel Manus (Papua-Neuguinea) ein Geflüchteter getötet und 77 Menschen verletzt. Die Hilfsorganisation „Refugee Action Coalition“ erklärte, Bewohner von Manus hätten zuvor gegen das Lager protestiert und es angegriffen. Die Regierung in Canberra machte hingegen die Asylsuchenden verantwortlich.

**Zustimmung und Protest:** Der politische Kurs der konservativen Abbott-Regierung wird von großen Teilen der australischen Bevölkerung unterstützt. Laut einer im Januar durchgeführten Umfrage sprechen sich 60 % der australischen Bürger dafür aus, noch restriktiver gegen Asylsuchende vorzugehen. 59 % der Befragten gehen zudem davon aus, dass es sich bei den Bootsflüchtlingen nicht um tatsächlich schutzbedürftige Personen handelt. Gemäß Regierungsangaben wurden aber rund 70 % der zwischen Juli 2012 und Juli 2013 über den Seeweg nach Australien eingereisten Menschen als Flüchtlinge anerkannt. Derweil äußerten Anfang März viele Tausend Menschen im Rahmen von Protesten ihren Unmut an der Asylpolitik des Landes.

Die Zahl der im Ausland Geborenen ist in Australien in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Aktuell sind 6,4 Mio. Personen und damit knapp 28 % der insgesamt 23 Mio. Einwohner nicht in Australien geboren (vgl. Ausgabe 4/13). Australien liegt zudem auf Platz acht der Staaten mit der höchsten Zahl im Land gestellter Asylanträge. So gingen 2013 24.300 und damit 4 % aller weltweit gestellten Asylanträge in Australien ein (vgl. S. 8). *Ellen Kollender*

## Interview: Brauchen Medien eine Migrantenquote?

**2009 gründeten sich die Neuen Deutschen Medienmacher als Netzwerk und Lobbygruppe für einen vielfältigen Journalismus. Der taz-Journalist Daniel Bax engagiert sich im Vorstand des gleichnamigen Trägervereins. MuB sprach mit ihm über den zu geringen Anteil von Migranten in den Medien, problem- und klischeebelastete Berichterstattung sowie Wege, Diversität im Journalismus strukturell zu stärken.**

**Herr Bax, als Vorstandsmitglied im Verein der Neuen Deutschen Medienmacher haben Sie im vergangenen Jahr eine Diskussionsrunde zum „Ende des weißen Mainstreams“ in deutschen Redaktionen moderiert. Wollten Sie mit dem Titel provozieren oder existiert dieser Mainstream noch?**

Das war schon als Provokation gedacht, gerade weil es diesen weißen Mainstream noch gibt. Dass inzwischen über Begriffe in Kinderbüchern oder ganz allgemein über *political correctness* diskutiert wird, hat natürlich damit zu tun, dass Dinge, die bislang unhinterfragt Konsens waren, in Frage gestellt werden. Der Grund dafür ist der Bevölkerungswandel, der auch an der Öffentlichkeit nicht vorbeigeht.

**Warum wurden die Neuen Deutschen Medienmacher ins Leben gerufen?**

Weil es so wenige Journalisten mit Migrationshintergrund gibt. Ihr Anteil liegt Schätzungen zufolge bei lediglich 1 - 3 %. Das ist weit unter dem Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung von etwa 20 % (vgl. Ausgabe 9/12, 8/12, 8/11). Das wollen wir ändern. Außerdem ging und geht es darum, nicht nur auf die Defizite der Einwanderer zu schauen, sondern den Blick in der Berichterstattung – aber auch bei der Einstellungspolitik der Medien – auf die Chancen von Vielfalt zu richten und zu reflektieren, welche Ursachen in der Aufnahmegesellschaft dafür verantwortlich sind, dass manche Dinge nicht funktionieren.

**Den zu geringen Anteil von Medienschaffenden mit Migrationshintergrund hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration schon 2010 kritisiert (vgl. Ausgabe 5/10). Warum fällt es den Medien so schwer, die Redaktionen an die gesellschaftlichen Verhältnisse anzupassen?**

Wenn wir uns die Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte anschauen, sehen wir, dass viele der Einwandererkinder auch Arbeiterkinder sind. Hier greift das grundsätzliche Thema der sozialen Herkunft, das nicht nur Migranten betrifft. In den Medien sind insgesamt wenige Arbeiterkinder vertreten. Es spielt auch eine Rolle, dass der Beruf nur bedingt attraktiv ist. Und dann haben sich die Medien lange Zeit selbst nicht

infrage gestellt, was ihren Umgang mit Migration und Migranten betrifft. All diese Aspekte spielen natürlich eine Rolle und erklären, warum sich die Situation nicht von heute auf morgen ändert.

#### **Wie fordern Sie mehr Vielfalt in den Medien ein?**

Wir Neuen Deutschen Medienmacher fordern eine Migrantenquote im Medienbetrieb, auch wenn wir wissen, dass das in einer Zeit, in der Medien Stellen abbauen, schwer umzusetzen ist. Aber es geht um eine annähernd repräsentative Vertretung von Bevölkerungsgruppen in den Redaktionen. Viele Medien haben aber auch schon erkannt, dass sie ein Problem bekommen, wenn sie sich nicht auf die Gesellschaft zubewegen. Wenn die Zusammensetzung der Medienschaffenden nicht mit der Zusammensetzung der Bevölkerung korrespondiert, dann setzt ein Entfremdungsprozess ein. *Die Zeit* etwa hat sich das sehr deutlich auf die Fahnen geschrieben. Dort sind mit Alice Bota, Özlem Topçu und Khuê Pham drei junge Kolleginnen fest in der Redaktion verankert, die für die Generation der „Neuen Deutschen“ stehen. Die Botschaft dahinter lautet, dass *Die Zeit* nicht nur die weißhaarigen deutschen Studienräte, sondern ein viel breiteres und bunteres Publikum ansprechen will.

#### **Wie wirkt sich eine vielfältigere Zusammensetzung der Redaktionen auf Diskussionskultur und Themenauswahl aus?**

Die Vielfalt der Kompetenzen innerhalb der Redaktion wächst, was dazu führt, dass meist lang gepflegte Vorurteile infrage gestellt werden. Bestimmte Bereiche wurden in deutschen Redaktionen lange gar nicht oder nur klischeebelastet behandelt. Journalisten mit interkulturellen Kompetenzen brechen diese etablierte Einseitigkeit der Betrachtungsweisen oft auf und sorgen für neue Perspektiven, in der Debatte und der Berichterstattung.

#### **Hat sich in den letzten Jahren sichtbar etwas geändert oder werden Migration und Migranten noch immer vorrangig stereotyp und problemfokussiert dargestellt?**

Hier kann man keine verallgemeinernden Aussagen treffen, aber es gibt Hinweise, dass sich das Bewusstsein in den Redaktionen wandelt. Das jüngste Beispiel ist die Debatte um die so genannte „Armutsmigration“ (vgl. Ausgabe [3/14](#), [1/14](#), [10/13](#)), die deutlich sachlicher geführt wurde, als man es befürchten konnte. Diese von der Union lancierte Kampagne wurde von den Medien nicht eins zu eins aufgenommen, sondern sichtbar hinterfragt. In Talkshows gibt es weiterhin eine Tendenz zum Krawall und damit auch die Neigung, stereotypen Klassikern wie der Verbindung von Islam und Gewalt oder Ausländern und Kriminalität Platz einzuräumen.

#### **Mangelt es in deutschen Redaktionen am Bewusstsein für stereotyp Berichterstattung?**

Selbstkritik oder die Kritik der eigenen Branche ist unter Journalisten nicht so wahnsinnig ausgeprägt. Aber die Branche hat das nötig! Mit Blick auf die Integrations-

### **Kurzmeldungen – Welt III**

#### **Kanada: Express-System für qualifizierte Zuwanderer ab 2015**

Qualifizierten Arbeitsmigranten wird in Kanada ab Januar 2015 ein schnellerer Zugang zu Daueraufenthaltsgenehmigungen als durch das bisherige Punktesystem in Aussicht gestellt, teilte die konservative Regierung am 8. April mit. Das neue Rekrutierungsmodell trägt den Namen „Express Entry“ und zielt auf die passgenaue Anwerbung qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte zur Verringerung regionaler Engpässe ab. Demnach können Arbeitgeber künftig bei Bedarf auf eine von der Regierung verwaltete Datenbank von ausländischen Arbeitssuchenden, die sich noch im Herkunftsland befinden, zugreifen. In dieser befinden sich Angaben zu Berufsabschlüssen und Arbeitserfahrungen. Bekommen ausländische Bewerber ein konkretes Jobangebot oder passt ihr Profil auf freie Stellen, sollen ihre Einreiseträge bevorzugt behandelt werden. Innerhalb von sechs Monaten sollen sie eine Daueraufenthaltslaubnis erhalten, außerdem werde ihnen der Zugang zur kanadischen Staatsbürgerschaft erleichtert. Sozialdemokraten in Kanada kritisieren das Konzept, da es unkalkulierbare Wartezeiten für die anderen Bewerber schaffe (vgl. Ausgaben [10/12](#), [2/12](#), [Länderprofil Kanada](#)). *Stephan Liebscher, Universität Osnabrück*

debatte der letzten Jahre habe ich den Eindruck, dass die Politik teilweise weiter war als die Medien. Während Integrationsgipfel und Islamkonferenzen stattfanden, haben die Medien noch in einem Stil berichtet, als gäbe es eine homogene deutsche Gesellschaft sowie ein paar Randgruppen, über die man notgedrungener Weise schreiben muss. Die hysterischen Integrationsdebatten, ob über die Rütli-Schule oder Ehrenmorde (vgl. Ausgaben [4/06](#), [9/05](#), [3/05](#)), aber auch die ganze Sarrazin-Diskussion (vgl. Ausgaben [1/11](#), [8/10](#), [7/10](#)) gingen eher von den Medien aus.

#### **Welche Möglichkeiten haben Medien, Pluralität positiv sichtbar zu machen?**

Vielfalt zeigt sich nicht nur durch Journalisten mit Zuwanderungsgeschichte, sondern auch in den Themen, die Redaktionen aufgreifen. Das Phänomen „bad news is good news“ werden wir nicht abstellen. Vielmehr müssen wir uns auch weiterhin den negativen Facetten von Migration stellen. Aber es geht auch darum, positive Facetten von Einwanderung und Vielfalt darzustellen. Denn gesellschaftlich hat eine vorrangig negative Berichterstattung über Migration fatale Folgen. Vor allem ältere oder im ländlichen Bereich lebende Menschen, die selten direkt mit Migranten konfrontiert sind, nehmen Vielfalt vorrangig durch Medien wahr und sehen sich durch die defizit- und problemorientierte Medienarbeit in ihren Vorurteilen bestärkt (vgl. Ausgabe [10/11](#)). Hier haben Redaktionen die Möglichkeit und die Verantwortung, positive Themen aufzugreifen und den Pfad der Negativberichterstattung immer wieder auch zu verlassen.

**Sie haben dafür den Vielfalt-Finder ins Leben gerufen, mit dem man Experten mit Zuwanderungsgeschichte für die unterschiedlichsten Themenbereiche suchen kann.**

Ja, denn wir finden, zu einer Normalisierung der Medienarbeit in der pluralistischen Gesellschaft gehört nicht nur, dass Menschen mit Migrationshintergrund bei Themen, die sie direkt betreffen, befragt und berücksichtigt werden. Das halten wir für selbstverständlich. Mit dem Vielfalt-Finder wollen wir Medien dabei unterstützen, auch bei allen anderen Themen Experten mit Zuwanderungsgeschichte zu konsultieren. Nur wenn Migranten selbstverständlich auch dann gefragt werden, wenn es nicht um Migration oder Integration geht, kann deutlich werden, dass sie Teil unserer Gesellschaft sind.

**Im Diskurs nicht unumstritten ist die Formulierung „mit Migrationshintergrund“. In Nordrhein-Westfalen hat man sich auf den Terminus „mit Zuwanderungsgeschichte“ verständigt.**

Die Formulierung „Menschen mit Migrationshintergrund“ wurde vor Jahren von fachpolitischer Seite entwickelt und hat sich als Ersatz für Bezeichnungen wie „Ausländer“, „ausländische Mitbürger“ oder „Migranten“ durchgesetzt. Inzwischen ist auch das eine Passepartout-Formel, in der sowohl Menschen mit ausländischer als auch mit deutscher Nationalität versammelt werden. Das ist nicht immer unproblematisch. Wichtig ist, immer wieder zu hinterfragen, wann welche Bezeichnung die betreffende Zielgruppe am besten umfasst und wann nicht. Es braucht immer wieder diesen Reflektionsprozess und die Bereitschaft, Zuschreibungen und Wahrnehmungsmuster zu hinterfragen.

**Wenn Sie sich etwas wünschen könnten, um die Diversität im Journalismus zu stärken, was wäre das?**

Ich hielte es für sinnvoll, wenn man bei Stellenausschreibungen schreibt, dass Menschen mit Migrationshintergrund bei gleicher Qualifikation bevorzugt werden. Das wäre ein praktikabler Ansatz, um die Vielfalt in den Redaktionen zu erhöhen.

*Das Interview führte Thomas Hummitzsch.*

**Weitere Informationen:**  
[www.neuemedienmacher.de](http://www.neuemedienmacher.de)

## Infothek

### Tipp aus der Redaktion

Reiner Klingholz: **Sklaven des Wachstums: Die Geschichte einer Befreiung.** Campus 2014. 24,99 €  
Der Wissenschaftsjournalist und Leiter des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung Reiner Klingholz wagt in seinem neuen Buch einen utopischen Wurf. Er skizziert eine zukünftige Welt, die nicht mehr dem Wachstumsparadigma der modernen, durch Industrie und Finanzwirtschaft geprägten Ordnung folgt, sondern das unvermeidliche Schrumpfen als Weg und Ziel zukünftiger Entwicklungspfade aufzeigt.  
Komplette Rezension unter [www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)

### Veranstaltungen

Tagung: **Rechtsextremismusprävention und Geschlecht – Vielfalt\_Macht\_Pädagogik**

**Termin:** 26.5.2014, 9.30-17.30 Uhr

**Ort:** Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

**Veranstalter:** Dissens – Institut für Bildung und Forschung, Hans-Böckler-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung

**Weitere Informationen:** [www.vielfaltmachtschule.de](http://www.vielfaltmachtschule.de)

Tagung: **Interkulturelle Öffnung der Gesundheitsversorgung in der Metropolregion Hamburg**

**Termin:** 12.06.2014, 10-20 Uhr

**Ort:** Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Hörsaal Anatomie (N 61), Martinistr. 52, 20246 Hamburg

**Veranstalter:** Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf

**Weitere Informationen:**

[www.ikoe-gesundheit-hamburg.de](http://www.ikoe-gesundheit-hamburg.de)

### Veröffentlichungen

Bundeszentrale für politische Bildung(Hg.):

**Arme Roma, böse Zigeuner.**

**Was an den Vorurteilen über**

**die Zuwanderer stimmt.**

Autor: Norbert Mappes-Niediek. 2014. Bestell-Nr. 1385.

4,50 €. Kostenlos abrufbar unter [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

[www.bpb.de](http://www.bpb.de)



Hilde Weiss, Philipp Schnell, Gülay Ates (Hg.): **Zwischen den Generationen. Transmissionsprozesse in Familien mit Migrationshintergrund.**

VS-Verlag 2014. 29,99 €. ISBN 978-3-658-03123-7.

[www.springer.com](http://www.springer.com)

**Darüber hinausgehende Literatur- und Veranstaltungshinweise finden Sie auf unserer Website**

[www.migration-info.de](http://www.migration-info.de)

### Impressum

**Herausgeber:** Netzwerk Migration in Europa e. V., Limonenstraße 24, 12203 Berlin

E-Mail: [mub@migration-info.de](mailto:mub@migration-info.de); ISSN: 1435-7194

**Redaktion:** Vera Hanewinkel (verantw., vh), Thomas Hummitzsch (verantw., th), Stefan Alscher (sta), Marcus Engler (me), Janne Grote (jg), Ellen Kollender (ek), Ulrike Pape (up), Fatma Rebeggiani (fr), Antje Scheidler (as), Jan Schneider (js), Dita Vogel (dv), Sybil Volks (sv)

**Redaktionsschluss:** 15.5.2014 **Bestellung:** <http://www.migration-info.de/newsletter>

Die Herausgabe des Newsletters „Migration und Bevölkerung“ erfolgt in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der bpb wieder.